Landes-SGK EXTRA
Sachsen/Thüringen

SGK Sachsen e.V. / SGK Thüringen e.V.

Leipzig soll Mitteldeutschlands führender Technologiestandort für Wasserstoff werden

SPD-Stadtratsfraktion setzt sich für Klimaschutz ein – Potenziale bei Power-to-Gas-Technologie

Autor SPD-Fraktion Leipzig

Die Nutzung von Wasserstoff bietet für Leipzig viele Möglichkeiten. Foto: pixabay.com

Die Leipziger SPD-Fraktion möchte, dass sich Leipzig zu einem führenden Technologiestandort in Sachen Wasserstoff in Mitteldeutschland entwickelt. Das Bundeskabinett hat im Juni dieses Jahres die nationale Wasserstoffstrategie beschlossen, die die Energiewende weiter voranbringen soll. „Wir sind überzeugt, dass grüner Wasserstoff in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten wird“, erklärt SPD-Fraktionschef Christopher Zenker.

Neues Gaskraftwerk als Pilotprojekt

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag in das Ratsverfahren gegeben, der bereits recht konkret wird: Das Gaskraftwerk, das im Leipziger Süden entstehen wird, soll im Hinblick auf Wasserstoffherstellung und -nutzung ein Leuchtturmprojekt werden und dadurch eine Inspiration für folgende Vorhaben sein. „Leipzig ist mit den hier ansässigen Unternehmen gut aufgestellt, um in Mitteldeutschland der führende Wasserstoff-Standort zu werden. Es geht bei uns in der Region eben auch darum, den Strukturwandel, der mit dem Kohleausstieg verbunden ist, zu meistern. Hierfür bieten sich mit der Wasserstofftechnologie gute Chancen“, erläutert Anja Feichtinger, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Laut Christopher Zenker sind die Gasturbinen, die im neuen Kraftwerk verbaut werden sollen, bereits auf einen Wasserstoffbetrieb ausgelegt: „Wenn es uns gelingt, am Standort auch grünen Wasserstoff mittels Power-to-Gas-Technologien zu erzeugen, wäre das ein riesiger Schritt hin zu mehr Klimafreundlichkeit und zum Durchbruch der Wasserstofftechnologie.“

Nutzung als Bustreibstoff

Der gewonnene Wasserstoff könnte direkt im Kraftwerk eingesetzt werden oder auch als Treibstoff für Busse der Leipziger Verkehrsbetriebe dienen. Um dieses Projekt stemmen zu können, müssen die Stadt und die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft weitere Partner ins Boot holen. „Ich bin da optimistisch, denn in und um Leipzig gibt es mehrere Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen, die sich in dem Feld auskennen und mit denen man kooperieren könnte, um so ein Zukunftsthema voranzubringen“, so Anja Feichtinger abschließend.

Inhalt

Sachsen
Leipzig soll Mitteldeutschlands führender Technologiestandort für Wasserstoff werden

Häusliche Gewalt: Hinschauen, nicht tolerieren, handeln!

Infrastrukturausbau in Deutschland muss beschleunigt werden – im Kleinen wie ...

Thüringen
Kulturpolitik in Zeiten von COVID-19

Die Thüringer Cloud

Impressum
Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt
Redaktion: Vincent Ackermann
Telefon: (0361) 228 44 21
info@sgk-thueringen.de
www.sgkthueringen.de
SGK Sachsen e.V.
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Redaktion: Karin Pritzel, Jutta Müller, Stefan Engel
Telefon: (0351) 21 670 91
kontakt@sgksachsen.de
www.sgksachsen.de
Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192
Anzeigen: Henning Witzel
Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

vorwärts

LIEBER DIGITAL LESEN

Entdecke das neue E-Paper!

Melde Dich jetzt hier an: spd.de/vorwaerts-epaper

Sobald eine neue Ausgabe veröffentlicht ist,
wirst Du ganz bequem per E-Mail informiert.

Viel Spaß beim Lesen!

MEHR INHALTE, MEHR FUNKTIONEN UND ÜBERALL DABEI!

Häusliche Gewalt: Hinschauen, nicht tolerieren, handeln!

Die SPD-Fraktion Dresden treibt die Umsetzung der Istanbul-Konvention voran

Autor Richard Kaniewski, Sprecher für Gleichstellung und Sicherheit der SPD-Fraktion Dresden

Der 35-jährige Richard Kaniewski gehört dem Dresdner Stadtrat erneut seit 2019 an.
Foto: Julian Hoffmann

Häusliche Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem. Sie trifft alle Geschlechter, aber vor allem trifft sie Frauen und Kinder. Es besteht Handlungsbedarf – besonders deswegen, weil die bestehenden Angebote am Limit ihrer Möglichkeiten arbeiten. Damit alle Betroffenen den nötigen Zugang zu Hilfesystemen erhalten, müssen vorhandene Schutzlücken auch in Dresden geschlossen werden.

Um für das Thema zu sensibilisieren und Lösungen zu suchen, hat die SPD-Fraktion zu Beginn der neuen Wahlperiode 2019 den Antrag zur „Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Dresden" eingebracht. Dieser wurde im Juni nun ohne Gegenstimmen – bei 13 Enthaltungen – angenommen. Damit setzt der Stadtrat ein klares Zeichen gegen sexualisierte und häusliche Gewalt.

Verbindliches Vertragswerk

Die Istanbul-Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag, mit dem sich die Bundesregierung 2018 dazu verpflichtet hat, Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz von Betroffenen sexualisierter, seelischer und häuslicher Gewalt zu erarbeiten. Der Vertrag ist rechtlich bindend, womit unterzeichnenden Ländern bei Nicht-Einhaltung Sanktionen drohen.

Inhalt des Antrags sind Maßnahmen, die den Rahmen für die Gewährleistung von Schutz und Unterstützung der Betroffenen auch in Dresden schaffen sollen. Wesentliche Anforderungen der Konvention werden Dank der interdisziplinären Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure lokal bereits umgesetzt. Dennoch decken die bisherigen Strukturen den Bedarf bei Weitem nicht. Deshalb soll sich die Landeshauptstadt u. a. um Gelder aus dem Investitionsförderprogramm des Bundes „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" bemühen.

Corona verstärkt die Dringlichkeit

Besonders während der Zeit der Corona-bedingten häuslichen Isolation konnte ein hohes Ausmaß an häuslicher Gewalt beobachtet werden. Dies belegt eine repräsentative Studie der TU München, wonach 3,1 Prozent der befragten Frauen körperliche Gewalt und 3,6 Prozent Vergewaltigungen durch ihre Ehepartner erlebten. In ca. 6,5 Prozent der befragten Haushalte kam es außerdem zu gewaltsamen Bestrafungen der Kinder.

Auch in Dresden konnte in der Zeit des „Lockdowns" ein Anstieg der Hilfegesuche im Frauenhaus beobachtet werden. Schon im „Normalbetrieb" sind die Kapazitäten dort teilweise nicht ausreichend. Hier besteht also ein akuter, dringender Ausbaubedarf.

Nicht tolerieren, handeln!

Allein die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Konvention zeigt, dass die EU nicht länger bereit ist, Gewalt gegen Frauen zu tolerieren und die Mitgliedstaaten zum Handeln auffordert. Dem hat sich nun auch Dresden verschrieben.

Als die SPD-Fraktion den Antrag einbrachte, war kaum vorstellbar, welche gesteigerte Brisanz das Thema schon wenig später entwickeln würde. Neben den wirtschaftlichen Herausforderungen, die die Pandemie mit sich gebracht hat, dürfen soziale Problem- und Krisenlagen nicht unter den Tisch fallen. Gerade jetzt müssen wir als Gesellschaft füreinander einstehen und uns solidarisch miteinander verhalten. Jetzt heißt es: Hinschauen, nicht tolerieren, handeln!

Infrastrukturausbau in Deutschland muss beschleunigt werden

Die SPD im Bundestag setzt sich für schnellere Planungs- und Genehmigungsprozesse ein

Autor Detlef Müller, SPD-Bundestagsabgeordneter für Chemnitz

Die Infrastruktur unseres Landes ist die Grundlage von Wertschöpfung und Wohlstand. Sie ist die Basis für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wenn es aber um den Erhalt, den Ersatz und den Aus- und Neubau von Infrastruktur geht, haben wir in Deutschland oftmals Probleme. Dabei ist die Finanzierung in den meisten Fällen kaum ein Hindernis. Raumordnungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren ziehen sich oftmals über Jahre, bevor es an die Umsetzung gehen kann. Die Folge ist ein Investitionsstau.

Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen

Auf Bundesebene wird dieses Thema in den letzten Jahren angegangen. Mit dem Planungsbeschleunigungsgesetzen I und II aus dem Jahren 2018 und 2020 wurden Kommunen beispielsweise bei der Erneuerung von höhengleichen Bahnübergängen komplett entlastet sowie Instandsetzungen und 1:1-Ersatzneubauten bei Straße und Schiene von der Genehmigungspflicht befreit.

Durch das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (MGVG) kann der Bundestag selbst für zentrale Infrastrukturprojekte Baurecht schaffen.

Das Investitionsbeschleunigungsgesetz

Nun gehen wir mit dem Investitionsbeschleunigungsgesetz den nächsten Schritt zur schnelleren Umsetzung von Projekten. Geplant ist, im Bereich der Schieneninfrastruktur zukünftig Digitalisierungs- bzw. Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Umbautätigkeiten zur Barrierefreiheit von der Genehmigungspflicht zu befreien.

Auch das Raumordnungsverfahren soll grundlegend verändert werden. Wer ein Vorhaben plant und Bedenken bezüglich raumbedeutsamer Konflikte hat, kann das Verfahren effizient nutzen – bald auch digital.

Schließlich werden im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit die gerichtlichen Instanzenzüge entschlackt.

Der Gesetzgebungsprozess dazu läuft derzeit. Dabei braucht es an einigen Stellen Nachschärfungen, damit die neuen gesetzlichen Grundlagen auch wirken und Investitionen wirklich beschleunigen. Und es braucht eine regelmäßige Evaluation. Denn mit Blick auf Herausforderungen wie Digitalisierung, Energie- und Verkehrswende werden wir in diesem Bereich in Zukunft weiterarbeiten müssen – immer mit Augenmaß, sodass berechtigte Belange nicht übergangen werden, aber auch mit Nachdruck, um Investitionsstaus schnell abbauen zu können und unser Land wettbewerbsfähig zu halten.

Gerade in Zeiten von Corona kann die öffentliche Hand durch schnelle Investitionen zum Konjunkturmotor werden. Foto: pixabay.com

Die kommunale Ebene in den Blick nehmen

In den Kommunen spielt in den meisten Fällen die Finanzierung eine größere Rolle in Bezug auf angewachsene Investitionsstaus. Aber auch hier treffen Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft mit langer Verfahrensdauer und Personalengpässen in der Bauverwaltung zusammen. Die Bürokratisierung von Ausschreibungsprozessen und langfristige Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren behindern oftmals schnelle Umsetzungen. Auch hier muss es zu Vereinfachungen, Entschlackung und Beschleunigungen kommen. Schwellenwerte und Wertgrenzen bei Vergaben müssen überdacht, Investitionen mit Vorrang versehen werden. Nur so lässt sich der Investitionsstau abbauen.

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts' regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren."

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: **www.bnr.de**

Kulturpolitik in Zeiten von COVID-19

Ein Gespräch mit dem Weimarer Stadtrat Daniel Gracz (SPD)

Das Interview führte Vincent Ackermann

Weimar verlor vor zwei Jahren den sozialdemokratischen Oberbürgermeister, was hat sich seitdem verändert?
Nur weil der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin von der eigenen Partei aufgestellt wurde, bedeutet das ja nicht immer gleich automatisch, dass der Draht zur Stadtspitze hervorragend ist und sich dadurch die eigene Stadtratsarbeit einfacher und besser gestaltet. Aber selbstverständlich ist der personelle Wechsel nach zwölf Jahren auch für uns als Fraktion deutlich spürbar. Vor allem dann, wenn sich der Amtierende hinter einer vermeintlichen Parteilosigkeit versteckt, aber dennoch mit der CDU-Fraktion und dem konservativen Bürgerbündnis Weimarwerk eng zusammenarbeitet. Wenn er nicht nur dauerhafter Gast in deren Fraktionssitzungen wäre, sondern auch seine offensichtliche Parteilichkeit zugeben würde, wäre allen geholfen.

Daniel Gracz – nicht nur Kulturpolitiker, sondern auch Kulturschaffender Foto: Dirk Slawinsky

Ansonsten fällt unser noch relativ frischer Oberbürgermeister durch eine grundlegende Unsicherheit im politischen Handeln auf. Da werden zu Beginn der Pandemie ohne Absprachen mit dem Land einschneidende Verordnungen wie die Schließung aller Schulen erlassen oder ebenfalls ohne vorherige Absprachen über Nacht der Herderplatz für den gastronomischen Außenbetrieb wieder geöffnet. Man könnte den Eindruck bekommen, er hätte keine klare Linie, sondern agiert nach der Maxime, es allen oder zumindest der aktuell mehrheitlichen Meinung recht machen zu wollen. Das würde auch die reihenweisen Übernahmen von Drucksachen aller demokratischen Parteien im Stadtrat erklären, um Konflikte zu umgehen und den Parteien eine bessere öffentliche Gegenpositionierung zu erschweren.

Dennoch hast du es in die geschrumpfte Stadtratsfraktion geschafft. Welchen Fokus setzt du bei deiner Arbeit?
Im und auch nach dem Wahlkampf war und ist es mir sehr wichtig, transparent, offen und ehrlich zu kommunizieren, was passiert, was ich vorhabe und was eben nicht gelingt. Keine Versprechen, kein Vertuschen. Ich habe mir damals viele Gedanken gemacht, was meine Themen und Ziele für den Weimarer Stadtrat sind und versuche diese nun Stück für Stück in die Tat umzusetzen. Da ist es natürlich sehr motivierend, wenn der erste eigene Antrag zu einem Begrüßungsgeld für alle Studierenden und Azubis einstimmig angenommen wurde und ab 2021 umgesetzt wird. Neben der Einbindung der Weimarer Hochschulen in das Stadtgeschehen ist ein weiterer Themenschwerpunkt die Frage nach einer sozial gerechten ökologischen Wende und wie wir als Stadt Weimar dazu beitragen können. Und als Kulturschaffender und Kulturausschussmitglied hat selbstverständlich das (sozio)kulturelle Leben in Weimar einen besonderen Fokus in meiner Stadtratsarbeit.

Was macht für dich sozialdemokratische kommunale Kulturförderung aus?

Erstens: Kultur ist überlebensrelevant. Für uns alle. Ein Alltag ohne Musik, Theater, Kunst, Spiel, etc. ist nicht nur undenkbar, sondern überaus gefährlich für unsere mentale Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Daher muss Kultur für alle erlebbar sein – unabhängig vom Geldbeutel oder sozialem Status.

Zweitens: Kultur ist kein Automatismus. Ohne ausreichend finanzielle Unterstützung sind Kulturinstitutionen und Kulturschaffende nicht überlebensfähig. Der in letzter Zeit viel zu oft gehörte Spruch „Da muss die Branche halt kreativ werden" zeigt nur die verheerende Unkenntnis darüber, dass sich kulturelle Veranstaltungen in den allerwenigsten Fällen selbst refinanzieren können.

Drittens: Der Kultur dürfen keine Grenzen gesetzt werden. Auch wenn es für den persönlichen Geschmack schmerzhaft ist, eine Finanzierung darf niemals davon abhängig sein, ob die darüber Entscheidenden das geplante kulturelle Programm ansprechend finden oder nicht. Die Geschmäcker sind verschieden und so soll es auch bleiben.

Viertens: Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil der persönlichen Bildung. Denn nicht nur das Erleben, Verstehen und Wiedergeben von erlebten Einflüssen erweitert den eigenen Kenntnishorizont, sondern auch das Zusammenleben in der Gesellschaft ist durchweg kulturell geprägt. Nicht umsonst wird unter Kultur per Definition alles verstanden, was wir in Interaktion miteinander gestalten. Dieses Bewusstsein gilt es auch in die Gesellschaft hineinzutragen.

Das Verständnis und das entsprechende politische Handeln sind auf allen Ebenen gefragt. Die kommunale Hand allein kann die vielfältige

Kulturlandschaft sicher nicht retten, aber wesentlich dazu beitragen.

Insbesondere mit der COVID-19-Pandemie geriet der kulturelle Sektor stark unter Druck. Für Weimar als Kulturstadt ist das doch sicherlich ein großes Problem. Wie helft ihr jetzt den kleinen Clubs, Veranstaltern und Künstlern abseits großer Institutionen wie dem Deutschen Nationaltheater?

Richtig, vor allem die Soziokultur leidet gerade extrem. Mit großen Haushaltslöchern und einer Haushaltssperre sind uns als Kommune aber leider auch die Hände gebunden – der große, rettende Geldsegen von städtischer Seite wird wohl nicht kommen.

Dennoch konnten wir kleine, unterstützende Prozesse in die Wege leiten. Mit vielen Weimarer Kulturinstitutionen bin ich in den letzten Monaten in Kontakt getreten, um die aktuelle wirtschaftliche Lage und mögliche helfende Maßnahmen abzufragen. In einer Anfrage mündend konnten wir so zum Beispiel eine Stundung von Mieten in städtischen Gebäuden erwirken oder die Ausbezahlung aller bereits bewilligten Fördermittel zugesichert bekommen. Für alles weitere ist Geld vom Land, vom Bund und von der EU nötig. Die Hoffnung stirbt zuletzt und hoffentlich nicht nur die.

Wie muss für dich die ideale Hilfe vom Land bei den Aufgaben aussehen?

Diese Frage ruft ja förmlich nach einem kommunalpolitischen Schlaraffenland! Aber ja, zweckungebundene zusätzliche finanzielle Mittel, bei denen die Kommunen selbst entscheiden können, wo sie am dringendsten gebraucht werden, darin sehe ich viel Mehrwert. Finanzierungssicherheit und Planungsfreiheit.

Daniel Gracz im Web

www.facebook.com/daniel.gracz.77
www.instagram.com/daniel_gracz_/
twitter.com/gracz_daniel

Die Thüringer Cloud

Thüringer Verwaltungen und Rechenzentren vernetzen sich

Autor Dr. Hartmut Schubert, Finanzstaatssekretär und CIO des Freistaats Thüringen

Cloud-Computing ist einer der Trends der letzten Jahre, wenn es darum geht, Serverkapazitäten neu zu strukturieren und effizienter zu nutzen. Weil davon insbesondere kommunale Verwaltungen profitieren können, haben sich etliche von ihnen in Thüringen gemeinsam auf den Weg gemacht.

Während in fast jeder Thüringer Kommune derzeit noch ein oder auch mehrere Server stehen und diese mit viel personellem Einsatz und finanziellen Ressourcen gehegt und gepflegt werden, hat die Nutzung cloudbasierter Dienste zumindest im Kleinen auch im Freistaat Einzug gehalten.

Ein Beispiel dafür ist die in der Corona-Pandemie stark gestiegene Zahl der kommunalen Nutzer der Thüringer Datenaustauschplattform (ThDAP). 3.400 Nutzer aus allen Verwaltungen waren in den Anfangswochen der Pandemie mit Zugängen zur ThDAP ausgestattet und konnten auf diese Weise den Dienst von zu Hause aus verrichten. Damit stieg die Zahl der Nutzer um ein Drittel im Vergleich zum Jahresbeginn 2020. Ob Datenaustausch über verschiedene Ebenen, Videokonferenzen oder aber die kollaborative Bearbeitung von Dokumenten – die Verwaltungen waren dank ThDAP, übrigens OpenSource basiert, arbeitsfähig.

Der wirkliche Wert cloudbasierter Dienste zeigt sich jedoch in weiteren Anwendungsfeldern. So können beispielsweise komplette Fachanwendungen zentral betrieben und für eine Vielzahl von Nutzern, unabhängig vom Standort, verfügbar gemacht werden; egal ob Onlinezugangsgesetz oder E-Akte, behördliche Fachverfahren oder Langzeitspeicher.

Die Daten- und Ausfallsicherheit wird insbesondere beim Betrieb der Cloudlösung in einem verwaltungseigenen Rechenzentrum erhöht. Gleichzeitig können die IT-Sicherheitsstandards des Bundesamtes für Informationssicherheit (BSI) besser erfüllt werden. Der zentrale Betrieb führt daneben zu geringeren laufenden Kosten für Wartung und Support, sowohl bei Personal als auch bei den Servicekosten.

Hartmut Schubert, Finanzstaatssekretär und CIO des Freistaats Thüringen Foto: Delf Zeh

Die regionale Verteilung der Cloud-Server wird in Thüringen als Chance verstanden, ein redundantes System aufzubauen, welches zeitgemäße Backuplösungen ermöglicht. Ein Impuls für eine solche Cloud-Architektur der öffentlichen Verwaltung ist in diesem Monat im Landkreis Schmalkalden-Meiningen gesetzt worden. Der Landkreis und viele der kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden bis Ende 2022 eine erste Cloud aufbauen und nutzen dabei die voran beschriebenen Effekte.

In den Landkreisen Sömmerda und Greiz sind analoge Projekte bereits weit in der Planungsphase vorangeschritten und eine Förderung durch das Thüringer Finanzministerium in Bearbeitung.

Doch genauso ist neben der Landesverwaltung auch die für alle Kommunen als Gesellschafter geöffnete Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH (KIV) ein starker Partner in Sachen Verwaltungsdigitalisierung. Bereits 48 Kommunen sind diesem kommunalen IT-Dienstleister beigetreten und weitere Beitritte, unter anderem von großen Städten Thüringens, sind in Planung.

Die KIV wird als zentraler IT-Dienstleister in ihrem Rechenzentrum nicht nur mit Hardware unterstützen, sondern auch gezielte Dienste und digitale Verfahren für die kommunale Familie bereitstellen. Hier sind die Anknüpfungspunkte für eine kommunale Cloud, verstanden als ein Rechenzentrumsverbund, der IT-Fachanwendungen bietet – und dies für die Anwender ortsungebunden und serviceorientiert.

Die Größe der Verwaltung spielt in der Cloud keine Rolle. Alle beteiligten Verwaltungen werden durch eine gemeinsame Cloud entlastet, da sie sämtliche digitale Services cloudbasiert für Unternehmen und Bürger bieten können.

Hartmut Schubert im Web

finanzen.thueringen.de/ministerium/staatssekretaer/
www.facebook.com/dr.hartmut.schubert

DIE AGENTUR AN EURER SEITE

Die SPD-Agentur mit TARIF-VERTRAG

ASK Berlin

GRAFIK
Layouts | Infografiken | Gestaltung von Flyern & Broschüren | Design-entwicklung | Logoentwicklung | Einbindung ins Druckportal

TEXTE
Pressemitteilungen | Broschüren und Flyer | Magazingestaltung | WEBINAR: Besser Schreiben – viel sagen mit wenigen Worten

KAMPAGNEN
Strategieentwicklung | Kandidat*innen-beratung | Kampagnenplanung | Kreation | Digitaler Wahlkampf und Social Media | Plakate | Spots | Mediaplanung | WEBINAR: Marken-kommunikation in der Politik

EVENTS
Parteitage | Wahlkampftouren | Abend-veranstaltungen | Kongresse | Marken-inszenierung | Konzeption | Digitale Event-Fformate | Teilnehmermanagement | WEBINAR: Digitale beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate

PODCASTS
Konzeption | Beratung | Tech. Begleitung | Postproduktion | Full-Service-Koordination | WEBINAR: Podcasten – aber richtig!

SPONSORING
Anzeigenvermarktung | Parteitags-Sponsoring | Event-Sponsoring

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de

ASK.Berlin ist ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

ASK Berlin

www.ask-berlin.de

Anzeigen

DEMO
KOMMUNALKONGRESS
Treffpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt anmelden!

»NACHHALTIG – KONKRET – DIGITAL«

15. DEMO-Kommunalkongress
erstmals digital

30. Oktober 2020
interaktive Zoom-Konferenz, im Internet und überall in Deutschland

Freuen Sie sich auf interessante Reden und Impulse u.a. von:

KEVIN KÜHNERT
Stellv. Vorsitzender der SPD, Juso Bundes-vorsitzender

CLAUDIA KEMFERT
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin

BORIS PISTORIUS
Minister für Inneres und Sport von Niedersachsen

THEMENSCHWERPUNKTE

NACHHALTIGE KOMMUNE
- Umweltschutz in Städten und Gemeinden
- Anforderungen an die Mobilität von morgen
- Bildung in unserer neuen Normalität

KOMMUNE KONKRET
- Kommunikation nach Corona: Rat, Verwaltung, Bürger
- Digitalisierung von Verwaltung und Politik
- Fake News, Hetze, Gewalt: Was Kommunalpolitik dagegen tun kann

KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

DER **DEMO-NEWSLETTER!**

EINFACH ABONNIEREN

Auf ***www.demo-online.de/newsletter***
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.